

STANDPUNKT

25 Jahre GAL: Kein Grund zu gehen!

Seit 25 Jahren sorgt die GAL für Remmiedemmi in der Hamburgischen Bürgerschaft. 1982 gings in Turnschuhen chaotisch los, heute umgarnt die CDU die „Ökos“ als potenziellen Koalitionspartner. Früher kompromisslose Anti-Atom-Aktivist, Pazifist, Gegner jedweder Konform. Heute mitverantwortlich für die Atomausstiegs-Mogelpackung, Auslandseinsätze der Bundeswehr und als Partei Teil des Establishments. Haben die Grünen ihren Auftrag als Aufdecker, Wachrüttler, Impulsgeber erfüllt? Könnten sie also abdanken? Mitnichten. In den 80ern waren sie kindlich naiv, in den 90ern pubertär – und heute sind sie, na ja, erwachsen. Sie übernehmen Verantwortung. Dazu gehört auch, ökologische und gesellschaftliche Ideale neu zu formulieren.

Die anderen haben sich viel abgeguckt. Das Original muss sein Profil schärfen. Denn das hieß bei den Grünen früher, den Erkenntnissen der (politischen) Allgemeinheit ein paar Jahre voraus zu sein.



MATTHIAS ONKEN
CHEFREDAKTEUR

GASTKOMMENTAR

Wirksamer gegen Nazis vorgehen

Gewaltvorfällen folgt meist ein aktionistischer Anti-Nazikampf. Schnelle Ratschläge machen die Runde. Das hilft uns aber nicht weiter. Kaum einer kannte Mügeln, bevor der Angriff auf acht Inder dort stattfand. Und kaum einer wird in einigen Wochen noch davon reden. Zivilcourage vor Ort wird nicht gestärkt, wenn die große Koalition bewährte Bundesprogramme zurechtstutzt, nur um sich von der Vorgängerregierung abzugrenzen. Politik muss Menschen Mut zum Widerstand machen. Kommunal Verantwortliche, die selbst Probleme unter den Teppich kehren, sind dabei ein schlechtes Vorbild. Langfristigkeit, zivilgesellschaftliches Engagement, Verantwortung auf

allen Ebenen, moralische und finanzielle Unterstützung – wenn die Politik schon Schlagworte braucht, dann diese.



MONIKA LAZAR

Die Autorin ist Anti-Rechtsextremismus-Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion



Angriff mit Computerviren / Verfassungsschützer verdächtigen

HAMBURG/BERLIN Die Chinesen sind für ihren Lerneifer berühmt. Und berüchtigt dafür, dass sie zur Befriedigung ihres Wissensdurstes auch vor geistigem Diebstahl nicht zurückschrecken. Die Bundesrepublik stelle ein „begehrtes Aufklärungsziel der chinesischen Wirtschaftsspionage“ dar, zitiert der „Spiegel“ aus einem Verfassungsschutzbericht. Offenbar nicht nur der Wirtschaftsspionage. Offenbar versuchen die Asiaten neuerdings über das Internet, sogar die Computer des Kanzleramts sowie des Aus-

wärtigen Amtes, des Wirtschafts- und des Forschungsministeriums „online“ auszuspionieren.



Keine „Trojaner“: Gestern lud Angela Merkel die Bürger zum Besuch des Kanzleramts ein.

Regierungssprecher Ulrich Wilhelm bestätigte indirekt den Bericht. Das Magazin beziehe sich offensichtlich auf eine Diskussion zwischen Vertretern von Regierung und Nachrichtendiensten. Eine Stellungnahme dazu sei wegen der Vertraulichkeit der Beratungen aber nicht möglich. Kanzlerin Merkel werde allerdings im Rahmen ihrer heute beginnenden Asienreise mit chinesischen Regierungsvertretern intensiv auch über das Thema Schutz des geistigen Eigentums sprechen. Dabei gehe es aber vor allem, so Wilhelm, um das Problem der Produktpiraterie.

Bei den auf den regierungseigenen Computer-Festplatten entdeckten Spionageprogrammen handelt es sich um sogenannte Trojaner – meist in den Anhängen von E-Mails versteckten Programmcodes, die, durch Öffnen des Anhangs aktiviert, es im schlimmsten Fall den Absendern ermöglichen, die Kontrolle über die befallenen Computer zu übernehmen.

Unter Berufung auf Verfassungsschutzkreise berichtet der „Spiegel“, als Urheber der Trojaner-Attacken auf die deutschen Regierungs-PCs würden „Hacker“ im Dienst der chinesischen Volksbefreiungsarmee ver-

Rechtsextremismus

EU unterstützt NPD-Verbotspläne

Justizkommissar: Rechte Parteien sind „Krebsgeschwür“ / Beck stellt sich offen gegen Kanzlerin Merkel

BRÜSSEL/BERLIN Erst die Hetzjagd auf acht Inder im ostdeutschen Mügeln, dann der Angriff auf zwei Afrikaner auf einem Weinfest bei Mainz. „Wir dürfen nicht einfach nach Osten gucken. Das ist ein gesamtdeutsches Problem“, so Kurt Beck. Für den SPD-Chef steht fest: Er will einen zweiten Anlauf zum Verbot der NPD. Damit stellt er sich offen gegen Kanzlerin Merkel, die mahnt: Das gescheiterte Verbotsverfahren 2003 sei bereits eine „unliebsame Erfahrung“ gewesen.

Der Umgang mit dem rechten Rand stört bereits den Koalitionsfrieden. Beck betonte gestern, er wolle „mit ganzer Härte des Gesetzes gegen die braunen Demagogen“ vor-

gehen. Rückendeckung erhielt er von SPD und EU. Unter dem Deckmantel der Legalität könne die NPD stärker agieren, so Parteigenosse Ehr-

hart Körting. Erstmals schaltete sich auch Brüssel ein: Justizkommissar Franco Frattini bezeichnete die rechten Parteien als „Krebsgeschwür in

der Demokratie“. Er würde ein NPD-Verbot begrüßen.

Die Union hingegen blieb bei ihrer Ablehnung. Kanzleramtschef Thomas de Maizière (CDU) mahnte, ein Parteiverbot könne Schlägereien auf Stadtfesten nicht verhindern. Zudem habe das Verfassungsgericht „hohe Hürden“ gelegt. Umstritten ist der Abzug der „V“-Leute aus der NPD, den die Justiz fordert, Verfassungsschützer und Parteien als „unverantwortlich“ ablehnen. Laut „Spiegel“ sucht die SPD bereits nach einem Kompromiss. Becks Vorschlag: Die Spitzel sollen zurückhaltender agieren, NPDler nicht länger zu ungesetzlichen Handlungen anstacheln.

ARNE PFLUGRAD

Hetzjagd in Mügeln

Polizei verdächtigt auch die Inder

MÜNCHEN/MÜGELN Nach den Ausschreitungen in Mügeln sind jetzt auch Ermittlungen gegen einige der acht Inder möglich, die am Rande des Stadtfestes geschlagen wurden. Rund 50 deutsche Festbesucher hatten die Inder attackiert und mit Pfefferspray besprüht. Einige der Ausländer hätten daraufhin mit abgebrochenen Glasflaschen zugestochen, berichtet „Focus“. Laut Polizeiprotokoll erlitt einer der Deutschen „Stiche in die Leistengegend und das Gesäß“. Ein Ermittler: „Wir sind dabei herauszufinden, was davon Angriff und was Notwehr war.“ Möglicherweise werde der Fall Mügeln jetzt „einen etwas anderen Verlauf nehmen“. Ermittlungen gegen die Inder müssten ebenfalls geprüft werden.